

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6923

"Investives Sondervermögen - Bayerns Zukunftschancen gemeinsam gestalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6923 vom 04.06.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6995 vom 05.06.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 05.06.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Investives Sondervermögen – Bayerns Zukunftschancen gemeinsam gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Das vom Bund aufgelegte investive Sondervermögen in Höhe von 500 Mrd. Euro (davon 100 Mrd. Euro für die Länder) eröffnet große Möglichkeiten, Bayern nachhaltig zu modernisieren. Mit den voraussichtlich davon nach Bayern fließenden rd. 16 Mrd. Euro (aktueller Stand 15,6 Mrd. Euro über 12 Jahre lt. Finanzministerkonferenz, rechnerisch pro Jahr 1,3 Mrd. Euro) können die Weichen für eine nachhaltige und prosperierende Zukunft des Freistaates gestellt werden.
- Weiteren fiskalischen Spielraum für Investitionen in Bayern eröffnet die Reform der Schuldenbremse, wonach auch den Ländern die Möglichkeit für jährliche Nettokreditaufnahme vergleichbar dem Bund zur Verfügung steht (voraussichtlich rd. 2 Mrd. Euro für Bayern).
- Diese zusätzlichen Mittel bieten dem Freistaat die Chance, in zentralen Zukunftsbereichen voranzukommen: In der Bildungsinfrastruktur, der Verkehrsinfrastruktur und der klimafreundlichen Mobilität, der digitalen Transformation, bei Klimaschutz und Nachhaltigkeit und im Hochbau.
- Die Kommunen sollen dabei durch eine jährliche Kommunalmilliarde gestärkt werden. Die bayerischen Kommunen tätigen den größten Anteil der öffentlichen Investitionen. Sie sind die direkten Partner der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Deshalb soll ein angemessener Teil der zusätzlichen Mittel den Kommunen zugutekommen, damit diese ihre wichtigen Aufgaben in der Daseinsvorsorge noch besser erfüllen können.
- Die erforderlichen Verwaltungskapazitäten sollen sichergestellt werden. Die erfolgreiche Umsetzung eines Investitionsprogramms dieser Größenordnung erfordert eine leistungsfähige Verwaltung, um die Mittel zügig und effizient einsetzen zu können.
- Der Landtag als Volksvertretung sollte von Anfang an in die strategischen Überlegungen einbezogen werden. Durch einen offenen und konstruktiven Dialog zwischen Staatsregierung und Parlament können diese Mittel optimal im Sinne der Menschen in Bayern eingesetzt werden.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert,

- den Landtag unmittelbar nach der Sommerpause über ihren Planungsstand für die Verwendung der zusätzlichen Mittel aus dem investiven Sondervermögen des Bundes sowie aus Nettokreditaufnahme zu informieren,
- konkrete jährliche Investitionspläne bis in die 21. Legislaturperiode zu erstellen und ebenfalls dem Landtag zügig vorzulegen,
- die Aufteilung der Mittel zwischen direkten staatlichen Investitionen, Investitionsfördermaßnahmen und Weitergabe an die Kommunen transparent darzustellen,
- Maßnahmen zur Stärkung der Staatsverwaltung aufzuzeigen, die für die erfolgreiche Umsetzung der Investitionsprogramme erforderlich sind,
- einen konstruktiven Dialog mit dem Landtag über die strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Investitionen zu führen.

Begründung:

Mit einem Investitionshorizont bis in die 21. Legislaturperiode kann Bayern strategisch planen und nachhaltige Strukturen schaffen. Diese Langfristigkeit ermöglicht es, Konzeptionen über Wahlperioden hinweg zu entwickeln und Bayern systematisch zu modernisieren. Staatsregierung und Parlament sollten deshalb konstruktiv bei der Gestaltung von Bayerns Zukunft zusammenwirken.

Auch wenn die Details über Sondervermögen und Möglichkeiten der zusätzlichen Nettokreditaufnahme noch nicht vorliegen, sollte so früh wie möglich mit den Planungen in Bayern begonnen werden, um dann unmittelbar handlungsfähig zu sein. Das investive Sondervermögen ist schließlich eine große Chance für die Menschen in Bayern und den Freistaat insgesamt, die bestmöglich genutzt werden sollte.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Drs. 19/6923

Investives Sondervermögen – Bayerns Zukunftschancen gemeinsam gestalten

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Holger Grießhammer

Abg. Claudia Köhler

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Andreas Winhart

Abg. Bernhard Pohl

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Volkmar Halbleib

Staatssekretär Martin Schöffel

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)

**Investives Sondervermögen - Bayerns Zukunftschancen gemeinsam gestalten
(Drs. 19/6923)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Schluss mit der Verzögerungstaktik - Bayern jetzt modernisieren -
Investitionsplan und Haushaltsentwurf 2026/2027 fristgerecht vorlegen
(Drs. 19/6990)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen und Fraktionsvorsitzenden Holger Grießhammer, SPD-Fraktion, das Wort.

Holger Grießhammer (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern hat eine große Chance. Das investive Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro, davon 100 Milliarden für die Länder, das die Koalition im Bund auf den Weg bringt, eröffnet unserem Freistaat Möglichkeiten, die wir in dieser Dimension noch nicht hatten. Rund 16 Milliarden Euro werden voraussichtlich in einem Zeitraum von zwölf Jahren nach Bayern fließen. Hinzu kommt die Reform der Schuldenbremse, was Bayern zusätzliche rund zwei Milliarden Euro jährlich für Investitionen ermöglicht. Zusammen sprechen wir von einem jährlichen maximalen zusätzlichen Investitionspotenzial von über 3 Milliarden Euro, um Bayern weiter zu modernisieren und fit für die Zukunft zu machen. Dies ist eine Perspektive bis in die 21. Legislaturperiode.

Am 19. Februar – das war der Mittwoch vor der Bundestagswahl – habe ich an derselben Stelle zu unserem Dringlichkeitsantrag "Kraftvoller Wachstumsimpuls für den Wirtschaftsstandort Deutschland" gesprochen. Ich darf mich zitieren:

"Wir dürfen unseren Kindern und Enkelkindern keinen riesigen Schuldenberg hinterlassen; aber es geht auch nicht, der künftigen Generation marode Brücken, sanierungsbedürftige Schulen und kaputte Straßen zu vererben."

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vor der Wahl hinsichtlich des Sondervermögens und der Reform der Schuldenbremse das gefordert, was wir jetzt nach der Wahl gemeinsam mit CDU und CSU im Bund auf den Weg bringen. Wir freuen uns, dass wir die Union hier mit ins Boot holen konnten. Das ist ein großer Erfolg für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Unter Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Markus Söder waren nicht nur keine neuen Schulden, sondern sogar Schuldenfreiheit des Freistaats Bayern bis 2030 geradezu politische Dogmen. Es ist bemerkenswert – und ich sage das durchaus anerkennend –, dass Ministerpräsident Markus Söder nach der Kabinettsklausur am Tegernsee eine neue Tonlage angeschlagen hat. Nach Jahren der Schuldenbremsen-Orthodoxie erkennt nun auch die Staatsregierung – ich zitiere den Ministerpräsidenten –: "Im Moment investiert die ganze Welt – Deutschland, USA, Europa macht Schulden ohne Ende." Die entscheidende Frage, die der Ministerpräsident gestellt hat, ist zutreffend: "Fallen wir da zurück, bremsen wir ab? Oder sind wir in der Lage, den Schwung zu halten, um ökonomisch erfolgreich zu sein?"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Antwort lautet, wir sollten investieren, strategisch, klug, nachhaltig und wuchtig, um ein Lieblingswort des Ministerpräsidenten zu verwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während Deutschland eine Staatsverschuldungsquote von über 60 % hat, die USA von über 120 % und Frankreich von über 100 %, liegt Bayern bei nur 4,8 %. Die Schuldensumme zeigt: Bayern kann es sich leisten zu investieren. Bayern muss es sich sogar leisten zu investieren – für die Menschen in Bayern, für unseren Wirtschaftsstandort und für eine gute Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Die Herausforderungen liegen auf der Hand. Wir müssen sowohl den Sanierungsstau überwinden als auch in die Zukunft investieren. Unsere Bildungsinfrastruktur braucht dringend Modernisierung. Der Verkehr muss für eine klimafreundliche Mobilität der Zukunft um- und ausgebaut werden. Die digitale Transformation wartet nicht auf uns, sie geschieht mit oder ohne Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind nicht nur ökologische Notwendigkeiten, sondern wirtschaftliche Standortfaktoren.

Beim Wohnungsbau ist der Bedarf offenkundig und dringend. Das haben auch Sie nunmehr erkannt. Der bestehende Stopp der Wohnungsaufförderung in Bayern wird aufgehoben; zumindest für kommunale oder studentische Förderanfragen soll es in diesem Jahr wieder die Möglichkeit zur Bewilligung geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergessen wir die Kommunen nicht. Sie tätigen den größten Anteil der öffentlichen Investitionen. Laut Bauindustrie betrugen die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahr 2023 insgesamt 62 Milliarden Euro. Davon leisteten die Gemeinden 37 Milliarden Euro; das sind 60 %. Gleichzeitig ist der kommunale Investitionsbedarf nach wie vor riesig. Der kommunale Investitionsrückstand in Deutschland ist auf 186 Milliarden Euro gewachsen. Bayern dürfte in einer Größenordnung von 20 bis 30 Milliarden Euro vom kommunalen Investitionsrückstand betroffen sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb fordern wir eine zusätzliche Milliarde jährlich für unsere bayerischen Gemeinden, Städte und Landkreise.

(Beifall bei der SPD)

Die Kommunen sind direkte Partner unserer Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Investitionen stärken die Wirtschaft und das Handwerk vor Ort. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kommunalinvestitionen sind Heimatinvestitionen. Bringen Sie, bringen wir das zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden auf den Weg.

Meine Damen und Herren, liebe Staatsregierung, Ihre Klausurtagung am Tegernsee war durchaus erfolgreich. Die Ergebnisse sind mir aber zu passiv und reaktiv. Wann beginnen Sie mit den konkreten Planungen für die zusätzlichen Investitionen in Bayern? Sie kennen die Bedarfe im Einzelnen. Sie müssen jetzt die Voraussetzungen schaffen, dass die Gelder in Bayern und in unseren Kommunen bald fließen können. Die Bundesregierung wird das Sondervermögen in den nächsten Wochen rasch auf den Weg bringen. Wir sollten in Bayern handlungsfähig sein, wenn die Rahmenbedingungen klar sind.

Deshalb sind unsere Forderungen klar:

Erstens. Erstellen Sie konkrete jährliche Investitionspläne bis in die 21. Legislaturperiode.

Zweitens. Zeigen Sie auf, wie Sie die Staatsverwaltung stärken wollen. Ein Investitionsprogramm dieser Größenordnung braucht eine leistungsfähige Verwaltung, die die Mittel zügig und effizient einsetzen kann.

Drittens. Informieren Sie den Landtag unmittelbar nach der Sommerpause über Ihren Planungsstand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern steht vor einer investiven Zeitenwende. Die Mittel sind da, die Notwendigkeiten sind erkannt, auch von der Staatsregierung. Was jetzt fehlt, sind konkrete Pläne als Voraussetzung für die investive Zeitenwende. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Staatsregierung, Ärmel hochkremeln, projektieren, investieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Köhler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unserer dringenden Forderung nach Investitionen in die Infrastruktur ist endlich auch Ihre Partei, die CSU, gefolgt – zwölf Stunden nach der Wahl. Als die Union im Bund in der Opposition war, kamen eine Änderung der Schuldenbremse und ein Sondervermögen für Infrastruktur überhaupt nicht in Frage. Warum eigentlich? – Reine Machtpolitik. Jetzt kann man sagen, Ihre Rechnung ist aufgegangen, die Union stellt jetzt den Kanzler. Aber für das Land war es ein verlorenes Jahr. Ohne diese Blockade hätten wir das Sondervermögen auch schon viel früher haben können. Die Wirtschaft würde heute bereits mit den Investitionen in die Infrastruktur arbeiten können.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Jetzt ist das Sondervermögen endlich beschlossen. Aber anstatt auf eine schnelle Umsetzung zu setzen, wollen Sie den kommenden Doppelhaushalt für Bayern wieder erst im nächsten Jahr beschließen, frühestens März/April 2026 – ein Jahr nach dem Beschluss zum Sondervermögen. Dann ist schon wieder ein ganzes Jahr verloren. Was soll denn das? Wollen Sie weiterhin Zeit schinden, oder wollen Sie die Modernisierung und die Sanierung endlich angehen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein später Haushalt spart im Vollzug; das wissen wir. Das spüren auch alle Förderempfänger, alle Träger von Kinderbetreuung, die Gemeinden und die Städte, ganz bitter, wenn immer erst zur zweiten Jahreshälfte die neuen Mittel und die neuen Stellen zur Verfügung stehen. Das ist aber keine gute Politik für Bayern. Sie sind dafür verantwortlich, die Kommunen handlungsfähig zu halten und das Vertrauen in die öffentliche Hand zu stärken.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Investieren Sie endlich in die Kinder Bayerns, in die Sanierung der Schulen, in die Kitaplätze und in die maroden Schwimmbäder.

(Michael Hofmann (CSU): Wie hoch ist unsere Investitionsquote? – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Investieren Sie endlich in Wohnraum. Die Wohnraumfördermittel sind längst aufgebraucht. – Frau Kollegin, Sie haben sich vorhin so beschwert, dass reingerufen wurde. Vielleicht halten Sie sich auch ein bisschen zurück.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich habe mich überhaupt nicht beschwert!)

Sie wissen, dass die Wohnraumfördermittel schon seit Ende letzten Jahres aufgebraucht sind. Trotzdem haben Sie noch bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2025 die 30 Millionen Euro Soforthilfe, die wir beantragt haben, abgelehnt. Jetzt löst der Ministerpräsident das Problem einmal schnell und schlägt in dieser Woche 400 Millionen Euro Hilfe vor. Das ist eine rhetorische Lösung; denn wenn man nachfragt, wird auf den nächsten Haushalt 2026/2027 verwiesen. Die Kommunen sollen auch dieses Geld wieder schön vorstrecken und die Zinsen selber bezahlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine echte Aufstockung sieht anders aus als diese Mogelpackung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Investieren Sie auch endlich in moderne Mobilität. Sie, die CSU, sind auf allen politischen Ebenen fast immer verantwortlich gewesen für die Bahn, für die Straßen, für die Brücken, für die Ladeinfrastruktur, als die E-Mobilität ein Thema wurde. Heute sind wir abgehängt. Die Leute müssen aber pünktlich zur Arbeit, pünktlich in die Schule und wohin auch immer kommen können.

Die angekündigten Bundesmittel dürfen kein Grund dafür sein, im Bayerischen Landtag weiterhin Landespolitik zu verweigern oder zu verzögern. Das ist Ihre Aufgabe. Längst könnten Sie den Kommunen helfen. Sie könnten aus der Rücklage, die viel höher ist als erwartet, den Städten, den Landkreisen, den Bezirken unbürokratisch mindestens eine Milliarde Euro weiterreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist uns wichtiger, als über das Sondervermögen des Bundes zu reden, wozu es noch nicht einmal einen Gesetzentwurf gibt. Deshalb werden wir uns zum SPD-Antrag enthalten und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Sie nur warnen: Wenn Sie nicht in die Puschen kommen und bald einen Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr vorlegen, muss dringend ein zweiter Nachtragshaushalt her.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh!)

Die Menschen in Bayern, die eine Wohnung, einen Kindergartenplatz, einen Bus brauchen, können nicht länger warten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Josef Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Eigentlich wollte ich meine Rede mit der Feststellung beginnen, dass die Anträge von SPD und GRÜNEN im Kern die Probleme bzw. die Investitionsbedarfe richtig benennen. Das ist so. Ich muss jedoch zunächst auf die Rede von Kollegin Köhler eingehen. Das war reine Propaganda und eine Verwechslung der Verursacher.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir leiden in Bayern ausgesprochen unter dem, was die letzten dreieinhalb Jahre in Berlin passiert ist. Natürlich werden Sie jetzt sagen: Nicht alle Probleme stammen von uns. – Das ist sicherlich richtig. Sie haben die Probleme jedoch entweder verursacht oder verschärft und – das ist das Schlimme – nicht gegengesteuert. Wir leiden massiv darunter; denn natürlich sind die Steuereinnahmen, die laut Steuerschätzungen nicht mehr so hoch ausfallen, ein echtes Problem. Das macht es schwieriger, zu investieren. Trotzdem ist Bayern das westliche Bundesland mit der höchsten Investitionsquote. Das wissen Sie doch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Sie sagen, die Rücklage sei höher als erwartet. Liebe Kollegin, Gott sei Dank ist der Finanzminister im Vollzug so konsequent, dass immer wieder ein Teil dessen, was aus der Rücklage entnommen wird, auch wieder zugeführt werden kann. Wäre dem nicht so, wäre die Rücklage nämlich schon lange leer. Wenn wir so agieren würden, wie Sie sagen, wäre nichts mehr da. Dann hätten wir in schlechten Zeiten keinen Puffer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen haben beide Anträge eines gemeinsam: Sie verteilen das Fell des Bären, bevor er endgültig erlegt ist.

Natürlich ist die Voraussetzung mit dem Sondervermögen geschaffen. Das Bereitstellen von 100 Milliarden Euro für die Länder verteilt auf zwölf Jahre ist ein guter Start der neuen Koalition. Ich danke allen, die dem zugestimmt haben. An dieser Stelle sei jedoch eines gesagt. Auf der Grundlage des Verteilschlüssels sind das für Bayern 15,6 Milliarden Euro in zwölf Jahren. Das sind 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Manche reden schon wieder von der Kommunalmilliarde. Damit wäre dieses Sondervermögen, das nach Bayern kommt, nach Ihrer Meinung ohnehin schon verteilt. Da bleibt ja fast nichts mehr für die Bedarfe auf Landesebene übrig. Insofern muss man doch jetzt erst einmal abwarten: Was schreibt der Bund in das Gesetz? Es braucht ein

Errichtungsgesetz. Dort wird festgelegt, wofür die Länder das Geld verwenden können oder dürfen. Es wird sicherlich gewisse Kriterien geben. Erst wenn wir das wissen, sollten wir uns überlegen, was wir konkret damit machen. Uns fiele sicherlich viel ein, aber wir müssen uns auf das Wesentliche beschränken. Leider reichen auch 1,3 Milliarden Euro pro Jahr nicht aus, um das Delta zu füllen, das wir aktuell nach den Steuerschätzungen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ist das Vorgehen? – Erst einmal klärt der Bund die rechtlichen Grundlagen endgültig. Dann haben wir das kommunale Spitzengespräch im Herbst. Das heißt, wir verhandeln jedes Jahr mit den kommunalen Spitzerverbänden den kommunalen Finanzausgleich. An dieser Stelle noch ein Hinweis: Beim letzten Mal haben wir im Rahmen dieser Verhandlungen kräftig draufgelegt – 600 Millionen Euro in schwierigen Zeiten, 12 Milliarden Euro in der Summe im kommunalen Finanzausgleich für die Kommunen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist aber nicht alles. Es kommen noch weitere gut 10 Milliarden Euro hinzu, die wir den Kommunen außerhalb des Finanzausgleichs geben. Das ist eine Größenordnung, wie es sie sonst nirgends gibt. Die Kommunen in Bayern stehen auch in schlechten Zeiten besser da als die Kommunen in allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich kommt immer die Forderung von Frau Kollegin Köhler, wir sollten den Haushalt möglichst frühzeitig beraten. Ja, das wäre wünschenswert. Die Haushaltsoordnung sagt, der Haushalt soll vor Beginn des Haushaltsjahres eingebracht werden. Ich denke, das wird auch passieren. Aber ganz ehrlich: In finanziell schwierigen und wenig planbaren Zeiten ist es gut, wenn wir abwarten, was die nächste Steuerschätzung im Oktober erbringt. Diese Steuerschätzung ist ein zentraler Punkt; liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dieser basieren die Haushalte. Wer es noch nicht weiß, dem sei es noch einmal gesagt: Wir planen nicht mit den Zahlen vom Vorjahr, sondern mit

der Prognose für das nächste Jahr. Wenn die Prognose schlechter ausfällt, haben wir weniger zur Verfügung. Wenn sie besser ausfällt, können wir mehr investieren.

Ich habe die Zahlen schon genannt. Fast ein Drittel des bayerischen Haushalts geht in irgendeiner Form an die Kommunen. Die Investitionsquote der Kommunen in Bayern liegt bei 23,4 % – das ist ein Spitzenwert – und liegt höher als beim Freistaat Bayern mit 15,1 %. Darin sind die Punkte enthalten, die Sie benennen: Wir haben erst die Schwimmbadförderung verbessert; über die kommunale Hochbaumilliarde fördern wir Kitas; wir fördern Schulen in den Kommunen. Das sei auch mal gesagt: In der Regel sind es Kommunen, die nicht von der CSU regiert werden, in denen die Schulen nicht in gutem Zustand und die Kitas nicht ausreichend sind. Es ist auch Aufgabe der Kommunen, für ausreichend Plätze zu sorgen. Der Freistaat fördert das nur. Es ist Aufgabe der Kommunen, die Schulen zu unterhalten. Wir sorgen für das Personal und die Lehrpläne; die Kommunen sorgen für den Sachaufwand, für die Gebäude. Das ist doch bekannt. Man sollte nicht so tun, als ob an allem immer der Freistaat schuld wäre. Das ist nicht so. Wir tun unser Bestes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen aber auch, dass die Ausgabensteigerungen bei den Kommunen derzeit stärker sind, als die Einnahmen steigen. Das ist ein echtes Problem. Das ist uns bewusst. Darum haben wir im vergangenen Jahr beim Finanzausgleich deutlich draufgelegt, obwohl wir selber auch nicht mehr so viel Geld haben. Aber wir haben das getan, um die Kommunen zu stärken.

Wir wissen, dass die Gesamtausgaben mit fast 10 % stärker steigen als die Einnahmen. Die Steigerung der Personalausgaben beläuft sich auf 8 %. Wir müssen jetzt einmal schauen, wie sich der neue Tarifvertrag auswirkt. Wenn der TV-L verhandelt wird, wird das auch Auswirkungen auf die Länder haben. Die Sozialausgaben sind um 12 % gestiegen. Ich darf Sie einmal fragen: Wer ist denn daran schuld? – Daran ist die Gesetzgebung im Bund schuld. Dort haben Sie die Situation in den letzten dreieinhalb Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert. Auch das ist richtig.

Das heißt, wir haben viele Probleme, die von außen kommen und die wir gemeinsam mit den Kommunen schultern wollen. Wir stehen Seite an Seite mit unseren Städten, Landkreisen, Gemeinden und Bezirken, weil uns die Kommunen unglaublich wichtig sind. Meine Damen und Herren, ein zentrales Feld geht mir in beiden Anträgen ab, nämlich die Förderung der Wirtschaft. Dafür sind auch die Kommunen mit ihren Gewerbegebiets, mit dem, was sie vor Ort schaffen, gefragt. Wir müssen natürlich sehen, dass wir nach vorne kommen. Nur Wachstum bedeutet für uns die Lösung der Probleme.

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, ohne Wachstum geht es nicht. Wir haben viele Jahre die Situation gehabt, dass man gedacht hat, in Bayern sei alles gebaut oder das Ende des Wachstums erreicht. Man hat gedacht, wir müssten nicht mehr wachsen, es geht uns sowieso gut; aber jetzt merken wir alle, was es bedeutet, nicht mehr zu wachsen: Kein Wachstum bedeutet Rückschritt. Andere überholen uns. Deshalb nimmt der Bund jetzt eine Unternehmenssteuerreform vor und ermöglicht Sonderabschreibungen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das ist genau der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen darf ich sagen: Schulden sind auf Dauer keine Lösung. Wir haben bei der Schuldenbremse verbesserte Bedingungen, um in Einzelfällen oder in besonderen Situationen Schulden zu machen. Das kann man für den neuen Haushalt nicht ausschließen; aber eine Dauerlösung kann das nicht sein. Deshalb müssen wir darauf achten, dass wir konsolidieren, reformieren und einsparen.

Kollege Grießhammer, wenn ich beim SPD-Antrag lese, dass man die Verwaltungsstrukturen ausbauen will, frage ich mich, meine Damen und Herren: Wie wollen wir Personal einsparen? – Das Personal macht 40 % des Landeshaushalts aus. Wenn wir so weitermachen und jedes Jahr Tausende neue Mitarbeiter einstellen, werden wir den Haushalt nicht konsolidieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen verschlanken und nicht ausbauen. Das muss allen bewusst sein. Wir brauchen einen

leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Den haben wir; aber ihn ständig auszubauen, ist nicht die Lösung, sondern ist ein Teil des Problems.

(Beifall bei der CSU)

Die beiden Anträge werden wir ablehnen, weil das vernünftig ist.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster spricht für die AfD-Fraktion Herr Kollege Andreas Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, vor allem liebe Kollegen von der SPD! Man weiß gar nicht, warum Sie sich solche Anträge noch antun. Um es einmal auf den Punkt zu bringen: Sie könnten die Zeit, bis Sie im Jahr 2028 aus dem Landtag ausscheiden, viel ruhiger und angenehmer gestalten, statt sich mit derartigen Dringlichkeitsanträgen dermaßen zu blamieren.

Sie wollen ein investives Sondervermögen und schreiben in Ihrem Antrag von Schulden ohne Ende. Gehen Sie einfach einmal ins Internet und geben Sie den Suchbegriff "Vermögen" ein. Unter Vermögen versteht man finanzielle Werte, Immobilien, Wertpapiere oder Forderungen. Was nicht dazugehört, meine Damen und Herren, sind Verbindlichkeiten – sprich: Schulden –, die man aufnimmt.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, dafür braucht man kein VWL-Studium, kein BWL-Studium, sondern es reicht die siebte Klasse Buchführung in der Realschule. Wer diesem Antrag zustimmt, wird Bayerns Zukunftschancen nicht gestalten, sondern durch dieses Schuldenpaket, das Sie hier propagieren, sämtliche Zukunftschancen für Bayern verbauen.

Meine Damen und Herren, Herr Grießhammer hat gesagt, Bayern sei nicht genug verschuldet. Wir haben zu wenig Schulden? – Nein, meine Freunde, wir können froh sein, dass wir so wenig Schulden haben, dass wir wirtschaftlich so gut dastehen und dass wir zukünftige Generationen nicht mit Schulden, mit Zinszahlungen, mit Tilgungen und allem, was dazugehört, belasten müssen. Wir sind schon auf dem richtigen Weg. Meine Damen und Herren, wenn man der SPD Geld gibt, dann ist es falsch angelegt. Das sieht man ganz deutlich.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen unser Geld für unsere Leute. Deswegen ist es viel wichtiger, dass unser Geld in Bayern investiert wird und an bayerische Bürger oder an den bayerischen Staat zurückfließt. Unser Geld brauchen wir für unsere Leute, statt es irgendwo zu verschenken oder zu verausgaben.

Wir können Ihren Antrag einmal Punkt für Punkt durchgehen. Sie wollen, dass der Landtag feststellt, dass 16 Milliarden Euro, die uns in zwölf Jahren zustehen – das sind 1,3 Milliarden pro Jahr – verwaltet und eingesetzt werden. Gut, einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul; aber wir zahlen in diesem Jahr 9,77 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich ein, damit in Berlin die Kita kostenlos ist und jeder Berliner 560 Euro bekommt.

Meine Damen und Herren, es wäre viel einfacher, wenn Sie den Weg für eine Reform des Länderfinanzausgleichs freimachen würden. Davon würden wir deutlich mehr profitieren als von Schulden, die Berlin macht, um Geld zu verprassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Sie schreiben als Nächstes, Sie wollen auch in Bayern die Schuldenbremse lockern. Dazu kommt von uns ein ganz klares Nein. Herr Grießhammer, wir werden hier nicht die gleichen Fehler machen, die andere Staaten gemacht haben, schon gar nicht als

Bundesland. Der Bund macht genügend Schulden. Wir brauchen solide Finanzen in Bayern. Wir brauchen weiterhin das Triple-A-Rating, damit Geld zur Verfügung steht, wenn wir es einmal brauchen. Wir werden Ihren Weg in den Schuldenstaat nicht mitgehen.

Für die zusätzlichen Mittel, die Sie hier verwenden wollen, haben Sie schon eine Idee, beispielsweise klimafreundliche Mobilität und Klimaschutz. Ich weiß nicht, ob Sie damit den GRÜNEN gefallen wollen oder was Sie damit erreichen wollen. Bei uns treffen Sie damit auf jeden Fall auf taube Ohren. Dafür nicht! Das ist ein Verprassen von Geldern. Wo soll denn dabei eine Rendite zum Tilgen dieser Schulden und der Zinszahlungen herkommen? Das ist staatlicher Konsum. Das hat mit Investitionen nichts zu tun.

Die Kommunen sollen eine Milliarde bekommen; das haben wir vorhin schon gehört. Für den Freistaat bleiben 300 Millionen Euro übrig. Wir könnten diese Milliarde gleich ganz weitergeben; aber auch dieses Geld muss zurückgezahlt werden. Vergessen Sie das bitte nicht. Es ist mittlerweile offensichtlich, dass wir unsere Kommunen besser ausstatten müssen. Wir kennen die Diskussion um die Krankenhäuser und um die kommunalen Finanzen.

Viel besser wäre es, wenn Sie sich in Berlin dafür einsetzen würden, dass bei einer Einführung der Ganztagsbetreuung die Kommunen in Bayern die entsprechenden finanziellen Mittel dazu erhalten.

(Beifall bei der AfD)

Summa summarum geht es noch weiter: Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis in die 21. Legislaturperiode zu planen. Wir gehen über den klassischen sozialistischen Fünfjahresplan sogar noch hinaus, meine Damen und Herren. Im Herbst und im Winter finden sowieso die Haushaltsverhandlungen für 2026 und 2027 statt. Weiteres kann man sich überlegen, wenn die Kriterien fix sind. Auf jeden Fall können wir in Zukunft auf solche Anträge verzichten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Grießhammer! Ich habe mir den Antrag mit ans Rednerpult genommen. Was soll ich sagen? – Es gibt Oppositionsanträge, über die lohnt es sich, nachzudenken und zu diskutieren, und es gibt solche Oppositionsanträge.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Überschrift ist zum Teil gut gewählt: "Bayerns Zukunftschancen gemeinsam gestalten", da können wir noch mitgehen; aber wenn ich dann lese, 1,3 Milliarden Euro pro Jahr kommen aus diesem sogenannten Sondervermögen an den Freistaat Bayern, und dann stelle ich fest, wir können 2 Milliarden Euro Schulden machen. Davon ziehe ich 1 Milliarde Euro ab, die Sie den Kommunen geben wollen.

Herr Kollege Zellmeier, die SPD rechnet anders als wir. Die sagen nicht: 1,3 Milliarden kommen, davon geht eine Milliarde an die Kommunen. Ein Sozialdemokrat hat in seiner Genese, dass er Schulden macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das war immer schon so. Deswegen muss man eine Milliarde für die Kommunen ins Verhältnis zu den 3,3 Milliarden setzen, und dann mag die Rechnung wieder aufgehen; aber ich bin bei 2,3 Milliarden Euro, Herr Kollege Grießhammer. Von diesen 2,3 Milliarden wollen Sie Bildungsinfrastruktur, Verkehrsinfrastruktur, klimafreundliche Mobilität, digitale Transformation, Klimaschutz und Nachhaltigkeit und Hochbau. Das wollen Sie mit 2,3 Milliarden Euro alles stemmen.

(Zuruf von der SPD: Zusätzlich!)

– Natürlich zusätzlich. – Herr Kollege Halbleib, wir kennen doch das Volumen des Haushalts: Das liegt bei knapp 80 Milliarden Euro. Das heißt, wir reden von bis zu 3 % mehr. Wenn ich sehe, dass wir eine Personalquote von 40 % für Beamte und Angestellte haben, und hochrechne, was die nächsten Tarifverhandlungen bringen, zeigt sich: von den 2,3 Milliarden Euro ist ein Großteil bereits aufgebraucht. Das allein zeigt, dass Sie mit diesen 2,3 Milliarden Ihre hochgesteckten Ziele natürlich nicht werden erreichen können. Der Kollege Zellmeier hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass als Nächstes wieder das Signal gesendet wird: Wir brauchen mehr Beamte, wir brauchen mehr Angestellte im öffentlichen Dienst!

Kollege Halbleib, jetzt werden Sie sicherlich sagen, dass die Bauämter unterbesetzt sind. Ich entgegne Ihnen, die Bauämter haben nicht einmal ein Promille des gesamten Aufkommens an Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung. Wir haben selbstverständlich nur dann eine Chance, wenn wir entbürokratisieren, das heißt, wenn wir Personal abbauen.

Jetzt komme ich zur zweiten Seite des Dringlichkeitsantrags. Auf der zweiten Seite fordern Sie, der Landtag soll in die strategischen Überlegungen der Staatsregierung einbezogen werden. – Ja, was haben wir denn in Sankt Quirin gemacht? Ich war dabei. Selbstverständlich waren dort Mitglieder der Regierungsfraktionen dabei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind nicht dabei gewesen!)

– Kollege Halbleib, ich weiß, dass Sie gerne dabei gewesen wären.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Aber es ist nun einmal so, dass eine Oppositionsfraktion – auch wir waren mal Oppositionsfraktion, das sollte man auch immer im Hinterkopf behalten – anders mitgestalten muss. Die schreibt Anträge, die hat andere parlamentarische Möglichkeiten, sich in den Diskurs einzubringen. Jetzt stellen Sie Ihr Licht doch nicht unter den Scheffel und tun nicht so, als ob Sie fünf Jahre lang faul in der Sonne liegen. Sie schreiben

doch Anträge. Sie beschäftigen uns doch. Manchmal könnte die Qualität besser sein, darüber kann man reden. Aber dass Sie jetzt hier völlig wirkungslos wären, stimmt doch nicht. Muss ich jetzt Ihr Selbstbewusstsein an dieser Stelle aufbauen? – Ich wundere mich schon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Jetzt kommen wir dazu, was nach der Sommerpause zu geschehen hat. Die SPD ist hier tatsächlich etwas realistischer als das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir sollen euch über den Planungsstand informieren, was auch immer das sein mag. Ja, dann stellt halt entsprechend detaillierte Anträge. Das macht ihr doch. Dann gibt es Berichte, und über die wird dann in den Ausschüssen diskutiert.

Das Gleiche gilt für den letzten Punkt. Ein konstruktiver Dialog soll mit dem Landtag über die strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung geführt werden. Ja, was machen wir denn jede Woche in den Ausschüssen? – Wir tun nichts anderes. Jetzt ist es natürlich so – ich weiß, dass das schmerzt, und das kann ich nachvollziehen –, dass Oppositionsanträge in der Regel abgelehnt werden. Man kann darüber debattieren, ob das richtig ist. Aber sie sind doch nicht wirkungslos. Natürlich macht man sich Gedanken darüber, was von dem, was die Opposition in die Debatten einbringt, sinnvoll ist. Das ein oder andere wird dann auch umgesetzt. Tun Sie doch nicht so, als würde man Sie nutzlos in die Ecke stellen.

Dann lese ich konkret im Dringlichkeitsantrag: konkrete jährliche Investitionspläne bis in die 21. Legislaturperiode zu erstellen. Diese Investitionspläne heißen Doppelhaushalt 2026/2027. Dann haben wir noch neun oder zehn Monate bis zur Wahl. Was wollen Sie? – Das passiert doch.

Weiter lese ich: Die Aufteilung der Mittel zwischen direkten staatlichen Investitionen transparent darzustellen. Das ist der Staatshaushalt, nichts anderes.

Beim Aufzeigen der Maßnahmen zur Stärkung der Staatsverwaltung lese ich ebenfalls heraus: mehr Staatsbedienstete.

Jetzt noch ein Satz zum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Kollegin Köhler, es ist wie immer, Sie existieren in zwei Persönlichkeiten. Im Ausschuss arbeiten Sie konstruktiv und kreativ mit, und dann kommen solche Auftritte wie dieser hier. Frau Kollegin, das hat doch mit der Realität überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Der Kollege Zellmeier hat es Ihnen gesagt: Wenn wir nach der Sommerpause in die Erste Lesung gehen mit einem Doppelhaushalt, dann machen wir das, bevor die Novembersteuerschätzung auf dem Tisch liegt. Das wäre tatsächlich kontraproduktiv. Der Haushalt ist nämlich an den Kriterien der Klarheit und Wahrheit interessiert und orientiert. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Sehr geehrter Herr Kollege, mir liegt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion vor. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Lieber Herr Kollege Bernhard Pohl, ich kann vieles Ihrer Rede und von dem, was Sie damit rüberbringen wollen, verstehen. Die FREIEN WÄHLER und insbesondere Sie als haushaltspolitischer Sprecher der FREIEN WÄHLER tun sich schwer, etwas zuzustimmen. Das kann ich absolut nachvollziehen. Sie mussten dem Investitionspaket ja zustimmen, damit Sie nicht aus der Regierung fliegen. Insofern verstehe ich alles, was Sie heute vorne am Rednerpult sagen.

Aber vielleicht noch ein paar Klarstellungen, weshalb wir diesen Antrag so formuliert haben: Jeder weiß, dass die Umsetzung von Investitionsprogrammen auch die notwendige Logistik dahinter braucht. Wer in die Bauämter reinhört und um die Personal-ausstattung in den Bauämtern weiß, der weiß, dass es dort Herausforderungen gibt.

Besuchen Sie einmal Bauämter und unterhalten sich dort mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Schauen Sie sich die vorhandenen Stellenlücken an und die Stellenkürzungen der letzten Jahre, dann wissen Sie, wovon wir in diesem Antrag reden. Tun Sie nicht so, als wäre das ein triviales Problem. Wir brauchen eine qualifizierte Bauverwaltung, damit wir Investitionsprogramme umsetzen können.

Und der zweite Punkt ist, selbstverständlich – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Volkmar Halbleib (SPD): Dann lasse ich das so stehen. Die Ignoranz zeigt sich schon an diesem einen Punkt, dass Sie nicht verstehen, was wir dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist um. – Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Halbleib, ich wusste ja, dass die Bauämter kommen würden. Aber hätten Sie zugehört, dann hätten Sie sich diese Zwischenbemerkung sparen können.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sehr richtig!)

Ich habe gesagt, der Kollege Halbleib wird wieder die Bauämter anführen. Aber die Bauämter machen nicht einmal ein Promille der gesamten Staatsverwaltung aus. Sie reden von der gesamten Staatsverwaltung und nicht davon, dass 20 oder 30 neue Stellen im Freistaat für die Bauämter geschaffen werden sollen. Deswegen sage ich Ihnen: Ich höre sehr wohl in die Bauämter hinein, bin auch im ständigen Dialog, aber Sie sollten mir das nächste Mal einfach besser zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Anträge lesen, Herr Kollege!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat der Staatssekretär Martin Schöffel um das Wort gebeten. – Bitte schön.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine auskömmliche, eine möglichst gute finanzielle Ausstattung der Kommunen ist uns als Regierungsfraktionen und der Staatsregierung ein zentrales Anliegen und auch ein Versprechen der Staatsregierung.

Ich danke dem Kollegen Josef Zellmeier, der dargestellt hat, was der neueste kommunale Finanzausgleich bedeutet, welches Volumen er hat und welche Summen insgesamt den Kommunen zufließen. Unsere Kommunen haben eine geringe Verschuldung im Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern. Wir haben schon jetzt die höchste Investitionsquote mit über 23 %. Wir stellen jetzt schon für den kommunalen Hochbau im Staatshaushalt über eine Milliarde zur Verfügung, haben für die Krankenhäuser 800 Millionen, für Wasser- und Abwasserfinanzierung 165 Millionen Euro im Haushalt.

Josef Zellmeier, du hast es bereits erwähnt: Eine Zahl ist schon interessant, nämlich der Aufwuchs beim kommunalen Finanzausgleich im letzten Jahr in Höhe von über 600 Millionen. Auch im nächsten Jahr werden wir die Kommunen angemessen ausstatten, auch mit Mitteln aus dem Sondervermögen. Die 600 Millionen Euro haben wir im letzten Jahr bereits für dieses Jahr draufgelegt, und das trotz schwierigster Rahmenbedingungen, was auch den Staatshaushalt anbelangt.

Der Bund – noch aus der Zeit der Ampel – hat für die Kommunen schwere Belastungen gebracht: hohe Standards, neue Kosten bei Asyl, bei Ganztag, Eingliederungshilfe und nicht gedeckte Betriebskosten bei den Krankenhäusern. Die neue Bundesregierung aus Union und SPD mit einem Unionskanzler unterstützt die Länder und Kommunen jetzt vielfältig und kraftvoll: 100 Milliarden für Länder und Kommunen, zusätzliche Investitionsmittel, Gelder für die Krankenhäuser und eine Milliarde für Sportstätten. Vieles, was im Koalitionsvertrag steht, trägt die bayerische Handschrift, und es wird auch ein faires Verhältnis zu den Kommunen angestrebt.

Nun komme ich konkret zum SPD-Antrag. Ich möchte eine Sache aufgreifen. Holger Grießhammer: Neue Schulden als große Chance. – Na ja, also man kann natürlich auch für große Investitionen Schulden machen, aber man muss schon immer berücksichtigen, dass Schulden bedeuten, dass man Zinsen zahlen und auch tilgen muss. Wir wollen und werden europäische und deutsche Stabilitätskriterien einhalten und wollen an unserem guten Rating festhalten. Der Hauptgrundsatz ist immer auch, den Haushalt zu konsolidieren, nicht so viel zu konsumieren, sondern mehr zu investieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Das ist uns in den letzten Jahren auch gut gelungen. Wir haben, wie gesagt, eine hohe Investitionsquote in Bayern, und das bei einem in der Regel ausgeglichenen Haushalt. Wenn wir im Staatshaushalt 15,1 % Investitionen haben, sind das umgerechnet 11,6 Milliarden Euro Investitionen Jahr für Jahr, die der Freistaat Bayern anstößt oder unterstützt. Das kann sich wirklich sehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt geht es also darum, dieses investive Sondervermögen für Länder und Kommunen entsprechend auf den Weg zu bringen. Dafür ist eine einfache gesetzliche Regelung auf Bundesebene notwendig. Die Zustimmung des Bundesrates ist notwendig. Der Bundesfinanzminister muss jetzt erst einmal den notwendigen Gesetzentwurf vorlegen. Deswegen, liebe Kollegen, wäre es gut, einmal mit dem Bundesfinanzminister über diese Anliegen zu sprechen.

Hier kommen die Anträge auf jeden Fall zu früh, weil wir wissen müssen, was in diesem Gesetzentwurf – das Gesetz könnte Länder- und Kommunalinfrastruktur-Finanzierungsgesetz oder so ähnlich heißen – geregelt ist. Es geht um diese Frage der Zusätzlichkeit. Gilt das auch für Länder und Kommunen? Wir haben schon die höchste Investitionsquote, sowohl bei den Kommunen als auch beim Land. Es geht

um die Verteilung. Da haben wir uns schon einmal in der Finanzministerkonferenz auf den fortgeschriebenen Königsteiner Schlüssel festgelegt. Dann geht es auch um die Frage, ob mögliche Förderbereiche festgelegt sind. In welchen Bereichen darf das Geld eingesetzt werden? Oder gibt es eine große Freiheit bei der Mittelverwendung?

Ich kann nur sagen, für uns sind größtmögliche Flexibilität, wenige Auflagen bei diesem Programm und möglichst wenige Monitoringpflichten wichtig. Wir wollen eine echte Entlastung für unsere Kommunen erreichen, und dafür müssen wir uns jetzt zuerst auf der Bundesebene einsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn diese bundesgesetzliche Regelung feststeht, kann das Infrastrukturprogramm für Bayern endgültig konzipiert werden. Natürlich wird in der Staatsregierung mit den Regierungsfraktionen alles vorbereitet. Auch die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden haben bereits begonnen. Wir sind da in enger Abstimmung und bereiten das vor. Aber es ist natürlich auch notwendig, das zu klären, bevor wir den nächsten Haushalt hier einbringen. Über die abschließende Mittelverwendung wird der Bayerische Landtag entscheiden. Das wird alles im regulären Haushaltaufstellungsverfahren erfolgen; denn das Budgetrecht hat natürlich der Landtag. Aber wir brauchen Klarheit, was der Bund mit diesem Sondervermögen alles verbindet, und werden die kommunalen Spitzenverbände entsprechend einbinden. Auch wir sehen das als zusätzliche Chance.

Neue Schulden sind allerdings keine Dauerlösung. Mit den Dingen muss sehr verantwortungsvoll umgegangen werden. Im Bundeshaushalt muss konsolidiert werden. Zu Recht ist auch darüber gesprochen worden, dass man im bayerischen Staatshaushalt nicht ständig beispielsweise Verwaltung ausweiten kann. Ich unterstütze ausdrücklich, was gesagt worden ist. Es kommt darauf an, dass diese Gelder gerade auf der Bundesebene jetzt entsprechend eingesetzt werden.

Ich versichere Ihnen, dass der Freistaat Bayern weiterhin eng an der Seite der bayerischen Kommunen sein wird, dass wir die Ausgestaltung und Umsetzung des bayerischen Sonderinvestitionsprogramms zielgerichtet unter Beteiligung des Landtags und der Kommunen vornehmen werden und dass wir weiterhin kraftvoll für unsere Bürgerinnen und Bürger und für die Kommunen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen wir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/6923 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, CSU und AfD. Stimmenthaltungen? – Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6990 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte anzeigen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Stimmenthaltungen? – Bei der SPD-Fraktion. Auch dieser Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.